



**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 09.05.2014

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 47. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 08.05.2014**

öffentlich

**3.3 Unterstützung für Oberbürgermeister Jürgen Roters in seiner Kritik am
neuen Landesentwicklungsplan der Landesregierung NRW
Antrag der FDP-Fraktion vom 09.04.2014
AN/0372/2014**

RM Sterck begründet den vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion.

RM Götz unterstützt im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich den Antrag der FDP. Es müsse eine Unterscheidung vorgenommen werden zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen. Die Entwicklungsmöglichkeiten wachsender Städte dürften nicht mit einem solch dirigistischen Instrument, wie im LEP vorgesehen, beschnitten werden.

RM Moritz zeigt ihre Verwunderung, weil sowohl die FDP- als auch die CDU-Fraktion dem OB offenbar blind vertrauen. Denn schließlich kenne niemand in diesem Ausschuss den Inhalt der Stellungnahme. Insofern möge die Stellungnahme erst dem Ausschuss übermittelt werden um sie dann zu beurteilen.

SE Dr. Soénus wendet ein, in dem Antrag gehe es um eine grundsätzliche politische Äußerung, egal wie genau der Wortlaut der Stellungnahme laute. Der LEP stelle einen Schalthebel für die Entwicklung dieser Stadt dar. Insbesondere der im LEP vorgesehene Ausweisung des Deutzer Hafens als Hafengelände müsse unter allen Umständen entgegen gewirkt werden.

Beigeordneter Höing führt aus, diesbezüglich seien Gespräche mit Minister Groschek geführt worden. Dieser habe daraufhin die Forderung, den Deutzer Hafen in seiner Funktion zu erhalten, zurück genommen. Ferner habe die Verwaltung Kontakt mit der Staatskanzlei aufgenommen mit dem Ziel eines Gesprächstermins in den kommen-

den Wochen. Hierbei sollen systematisch die bisher vorliegenden Planungen des Landes thematisiert werden. Zu diesem Termin werde selbstverständlich auch die Politik eingeladen. Ferner sagt Beigeordneter Höing auf Nachfrage zu, die Stellungnahme des OB`s dem Ausschuss vorher bekannt zu geben.

SB Frenzel dankt der FDP- und CDU-Fraktion für die breite Unterstützung des OB`s. Die Intension halte er auch für richtig. Eine wachsende Stadt wie Köln könne nicht gleich gestellt werden mit anderen Kommunen und in ihrer Entwicklung behindert werden. Allerdings halte er auch den Einwand von Frau Moritz für richtig, dass zunächst einmal der Inhalt der Stellungnahme bekannt gegeben werden müsse.

RM Sterck zeigt völliges Unverständnis zum zögerlichen Verhalten von Frau Moritz und Herrn Frenzel. Den Ausführungen des Beigeordneten Höing entnehme er, dass die Stellungnahme bereits der Landesregierung zugestellt worden sei. Der Stadtentwicklungsausschuss werde sie deswegen allenfalls noch als Mitteilung erhalten. Er verstehe nicht, dass dieses Vorgehen von der Mehrheit dieses Ausschusses geduldet werde, zumal inhaltlich Einigkeit bestehe. Sofern es der Mehrheitsfindung diene werde er gerne den OB aus dem Antragstext herausnehmen und stattdessen formulieren „Der Stadtentwicklungsausschuss ist der Meinung, dass der LEP die Stadt Köln zu sehr einschränkt“. Wichtig sei einzig die Tatsache, dass dieser Ausschuss an die Landesregierung signalisiere, dass Köln eine wachsende Stadt sei, zu deren Entwicklung es eine politische Meinung gebe.

Vorsitzender Klipper gibt den Ausführungen des Herrn Sterck recht. Es gehe um eine allgemeine Kritik zu den Zielsetzungen des LEP in Bezug auf Köln. Seit Jahren kämpfe dieser Ausschuss darum, mehr Bauland zu generieren um dem hohen Wohnraumbedarf auch nur annähernd gerecht zu werden. Hierzu bedürfe es wesentlich mehr Beweglichkeit als im LEP vorgesehen.

RM Moritz bekräftigt ihre eingangs getätigten Aussagen. Die Stellungnahme des OB`s werde üblicherweise von der Fachverwaltung erstellt und es sei unrealistisch, dass sie 100prozentig damit übereinstimme. Sollte Herr Sterck nunmehr Antrags-Exegese betreiben, so werde sie Beratungsbedarf anmelden. Sie jedenfalls werde nichts unterstützen was sie nicht kenne.

RM Sterck vermutet andere Beweggründe und stellt den mündlichen Änderungsantrag, den OB aus dem Antragstext zu streichen und die politische Willensbekundung hinsichtlich des LEP wie folgt zu formulieren:

„ Der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Köln kritisiert die Landesregierung NRW bezüglich des von ihr vorgelegten LEP und fordert diese auf, den LEP so zu gestalten, dass die darin beschriebenen Grundsätze und Ziele den Vorhaben der Stadt Köln Raum geben und Chancen lassen, sich ohne Beeinträchtigung der kommunalen Planungshoheit zu entwickeln und zu wachsen.“

Vorsitzender Klipper stellt auf Nachfrage fest, dass RM Moritz an ihrem Vertagungsantrag festhält und stellt diesen zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss stellt den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.